

Beschlußempfehlung und Bericht **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)**

zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament
— Drucksache 9/368 —

EntschlieÙung zu den Eigenmitteln der Gemeinschaft

A. Problem

Das Europäische Parlament hat auf seiner Tagung im April 1981 eine EntschlieÙung zu den Eigenmitteln der Gemeinschaft angenommen, die den nationalen Parlamenten, dem Rat sowie den Regierungen und Parlamenten Spaniens und Portugals übermittelt worden ist. Die EntschlieÙung bekräftigt erneut die Notwendigkeit der Entwicklung neuer gemeinsamer Politiken, die aus den Mitteln der Gemeinschaft finanziert werden. Sie spricht in mehreren Abschnitten die Dimensionen des Gemeinschaftshaushalts, die Einheit und Vollständigkeit des Haushaltsplans, die einzuführenden Verbesserungen des derzeitigen Systems der Eigenmittel, die Anleihepolitik der Gemeinschaft, die kurzfristige Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts, die Umverteilung durch Haushaltsmaßnahmen, die Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts auf mittlere Sicht und das Entscheidungsverfahren an.

B. Lösung

Die EntschlieÙung wird vom Deutschen Bundestag begrüÙt und zur Kenntnis genommen. Sie kann aber nicht in allen Punkten befürwortet werden. Vielmehr wird unter Hinweis auf frühere EntschlieÙungen des Deutschen Bundestages (Drucksachen 8/614 und 8/2795) eine weitere EntschlieÙung als Entgegnung vorgeschlagen.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

wurden nicht erörtert

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag bestätigt seine Entschlieung vom 25. Juni 1979 zur Einhaltung des Finanzrahmens der eigenen Einnahmen der EG. Er hält an seiner Auffassung fest, daß die anstehenden Haushaltsprobleme der Gemeinschaft in den Grenzen der bestehenden Eigenmittel, insbesondere unter Einhaltung der 1 %-Mehrwertsteuer-Eigenmittel-Grenze, durch Einsparungen in anderen Bereichen, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Begrenzung des Ausgabenanstiegs bei den EG-Agrarausgaben, gelöst werden müssen.
2. Der Deutsche Bundestag weist darauf hin, daß bereits das geltende MWSt-Eigenmittelsystem zu einer starken Differenzierung hinsichtlich der Durchschnittsbelastung der Einwohner in den einzelnen Mitgliedstaaten führt, da der Umfang der nationalen MWSt-Bemessungsgrundlage die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten jeweils widerspiegelt. Der Deutsche Bundestag spricht sich deshalb dagegen aus, das MWSt-Eigenmittelsystem zusätzlich mit sog. Progressionselementen auszustatten.
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß das Schwerkraft der Kreditfinanzierung von Investitionen durch EG-Instrumente auch in Zukunft eindeutig bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) liegt. Die EIB ist das originäre und jahrzehntelang erprobte Instrument der EG zur Kreditfinanzierung von Investitionsvorhaben.

Das bedeutet gleichzeitig, daß — auch mit Rücksicht auf die nationalen Kapitalmärkte — für das sog. Neue Instrument der Gemeinschaft (NIG) und für die Euratomanleihe nur ein begrenzter weiterer Ausbau in Frage kommen kann.

Der Deutsche Bundestag weist darauf hin, daß die Verträge keine Anleihefinanzierung für den Europäischen Haushalt vorsehen. Eine Kreditfinanzierung des EG-Haushalts wird nach wie vor abgelehnt.

4. Der Deutsche Bundestag bestätigt seine Entschlieung vom 22. Juni 1977 zur Erhebung und Abführung der eigenen Einnahmen der EG aus der Mehrwertsteuer. Er fordert die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich für die Beibehaltung der derzeit praktizierten Erhebungsmethode einzusetzen und die Einführung der deklarativen Erhebungsmethode, die zu erheblichem Mehraufwand bei den Steuerpflichtigen und bei der Finanzverwaltung führen würde, abzulehnen. Er betrachtet die Harmonisierung der Mehrwertsteuerbemessungsgrundlage im wesentlichen als abgeschlossen. Er ist ferner der Auffassung, daß die Gemeinschaft bereits über ausreichende Mitkontrollbefugnisse hinsichtlich der ihr zustehenden Einnahmen verfügt und das Eigeninteresse der Mitgliedstaaten an ihrem Mehrwertsteueraufkommen zusätzliche Kontrollen der Steuererhebung entbehrlich macht.

Bonn, den 27. Oktober 1982

Der Haushaltsausschuß

Wieczorek (Duisburg)

Carstens (Emstek)

Hoffmann (Saarbrücken)

Stellv. Vorsitzender

Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Carstens (Emstek) und Hoffmann (Saarbrücken)

I.

Die Unterrichtung durch das Europäische Parlament mit der Entschlieung zu den Eigenmitteln der Gemeinschaft ist am 8. Mai 1981 durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages gemäß § 80 Abs. 3 der Geschäftsordnung dem Haushaltsausschuß federführend sowie dem Auswärtigen Ausschu und dem Finanzausschuß zur Mitberatung überwiesen worden. Der Auswärtige Ausschu hat die Vorlage in seiner Sitzung am 24. Juni 1981 beraten und empfiehlt Kenntnisnahme. Der Finanzausschuß hat sich in mehreren Sitzungen mit der Vorlage beschäftigt und hat vor seiner Beschlußfassung in Straßburg einen Informationsaustausch mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments geführt. Er hat seine Beratung zu der Vorlage in seiner Sitzung am 23. Juni 1982 abgeschlossen und dem Haushaltsausschuß über die Kenntnisnahme hinaus eine Entschlieung empfohlen.

Der vom Haushaltsausschuß eingesetzte Unterausschuß zu Fragen der Europäischen Gemeinschaft hat auf der Grundlage der Stellungnahmen beider Ausschüsse die Vorlage beraten und dem Haushaltsausschuß die Annahme der vom Finanzausschuß vorgeschlagenen Entschlieung empfohlen. Diesem Beschlußvorschlag ist der Haushaltsausschuß in seiner Sitzung am 27. Oktober 1982 einvernehmlich gefolgt.

II.

Die Entschlieung des Europäischen Parlaments enthält eine Vielzahl grundsätzlicher Integrations-, finanz- und haushaltspolitischer Aussagen, die vom Europäischen Parlament zum Teil bereits in anderen Zusammenhängen formuliert wurden. In diesem Bericht werden daher insbesondere nur die Finanzpunkte angesprochen, die wegen der Aktualität, die ihnen das Europäische Parlament zumit, am ehesten in das Vorfeld von Entscheidungsprozessen gelangen könnten.

Eine Forderung betrifft die vollständige Harmonisierung der Mehrwertsteuer. Die Bemessungsgrundlage dieser Steuer ist erst zu 90 % harmonisiert. Der Ausschu hat davon Kenntnis genommen, daß es sich bei den Ausnahmen um sehr sensible Bereiche (z. B. Fernspreverkehr) handelt, bei denen eine „baldige“ Harmonisierung nicht zu erwarten ist. Die Forderung nach Anwendung der sogenannten deklarativen Methode vom 1. Januar 1983 an mit dem Ziel einer regelrechten gemeinschaftlichen Mehrwertsteuer parallel zu den einzelstaatlichen Mehrwertsteuern mit davon unabhängigen Sätzen hätte in der Bundesrepublik Deutschland für die Steuerpflichtigen und für die Finanzverwaltung einen erheblichen Mehraufwand zur Folge. Wegen

dieser Schwierigkeiten haben seinerzeit der Deutsche Bundestag und der Bundesrat die Bundesregierung aufgefordert, sich für eine Erhebungsmethode einzusetzen, die nicht mit zusätzlichen Belastungen verbunden ist.

Die Forderung des Europäischen Parlaments, den EG-Haushalt künftig auch durch Anleihen zu finanzieren, wird — wie auch in zahlreichen anderen Beschlüssen des Ausschusses zu entsprechenden EG-Vorlagen zum Ausdruck kommt — abgelehnt. Eine solche Finanzierung entspricht auch nicht dem Eigenmittelbeschlu vom 21. April 1970. Das Schwergewicht der Kreditfinanzierung von Investitionen sollte auf die Europäische Investitionsbank als das vertraglich vorgesehene Instrument konzentriert bleiben.

Zur Forderung des Europäischen Parlaments, die Höchstgrenze der MWSt-Eigenmittel auf mehr als 1 % der MWSt-Bemessungsgrundlage heraufzusetzen oder diesen Höchstsatz aufzuheben, hält der Ausschu an seiner bisherigen Auffassung fest. Der Bundeshaushalt kann zu weiteren über die bisherigen „eigenen Einnahmen“ der EG hinausgehenden Belastungen auf absehbare Zeit keinen Beitrag leisten.

Die Aufhebung der Höchstgrenze würde die Mitgliedstaaten in Zukunft zu einer permanenten und unbegrenzten Nachschußpflicht verpflichten und kann im Hinblick auf die Notwendigkeit einer kalkulierbaren nationalen Finanzwirtschaft keinesfalls akzeptiert werden.

Gegen die Vorstellung der Umverteilung durch Haushaltsmaßnahmen bestehen ebenfalls Bedenken. Eine Umverteilung wäre nur über die Ausgabe-seite des EG-Haushalts sinnvoll und zweckmäßig. Die geltende MWSt-Eigenmittelregelung berücksichtigt bereits die unterschiedliche Wirtschaftskraft der Mitgliedstaaten. Für verfrüht hält der Ausschu nach dem gegenwärtigen Stand der Harmonisierung die Überlegungen des Europäischen Parlaments, über die Einkommen-, Körper-schaft- und Verbrauchsteuern eine neue Grundlage für die Eigenmittel der Gemeinschaft bilden zu können. Der Ausschu stellt darüber hinaus fest, daß im Hinblick auf die Dimension des Gemeinschaftshaushalts und die Entscheidungsverfahren eine Änderung des Eigenmittelsystems nicht ohne Zustimmung der gesetzgebenden Organe der Mitgliedstaaten durchgeführt werden kann.

III.

Die beispielhaft aufgeführten Kriterien bekräftigen den Ausschu in seiner Auffassung, der Bundestag möge seine Entschlieung vom 25. Juni 1979 zur Einhaltung des Finanzrahmens der eigenen Einnah-

men der EG (Drucksache 8/2795) bestätigen. Dem folgen auch die weiteren Punkte der Beschlußempfehlung,

- das MWSt-Eigenmittelsystem nicht zusätzlich mit sogenannten Progressionselementen auszustatten,
- das Schwergewicht der Kreditfinanzierung von Investitionen durch EG-Instrumente bei der Europäischen Investitionsbank zu sehen und

- die Bestätigung der Entschlieung des Bundestages vom 22. Juni 1977 zur Erhebung und Abführung der eigenen Einnahmen der EG aus der MWSt (Drucksache 8/614).

Der Ausschuß hat entsprechend dem Vorschlag seines Unterausschusses einvernehmlich die vom Finanzausschuß vorgeschlagene Entschlieung zu der Vorlage übernommen.

Bonn, den 27. Oktober 1982

Carstens (Emstek)

Hoffmann (Saarbrücken)

Berichterstatter

